

vom Ratsbüro genehmigt
am: 12. April 2001
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der 5. Sitzung
vom Dienstag, 3. April 2001
17.00 - 19.25 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Peter Neukomm (SP) Präsident 2001
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
Stimmzähler: Herbert Distel (CVP) und Wilhelm Hefti (SP)
Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 45 Mitglieder
4 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: SR Veronika Heller
Christian Hablützel (SP)
Hans Ith (SVP)
Stephan Schlatter (SVP)
Roland Schöttle (FDP)

für den Anfang der Sitzung: Thomas Neukomm (SP)
Walter Hotz (FDP)

für den Schluss der Sitzung : Josef Eugster (SVP)
Theres Brambrink (FDP)
Thomas Hauser (FDP)

Traktanden:

1. VdSR - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH	Seite 126
2. VdSR - Pfadfinderhütte auf dem Chornberg, GB Nr. 3, Siblinger Randen; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag	Seite 149

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

20.06.00	VdSR - Entwicklung der Koordinationsstelle für familienergänzende Kinderbetreuung: Neueinstufung u. Stellenplananpassung	SPK
8.11.00	VdSR - Verselbständigung der Städt. Werke SH u. Neuhausen	SPK
14.11.00	VdSR - Reorganisation des Museums zu Allerheiligen und Integration des Kulturdienstes	SPK
9.01.01	VdSR - Motion Peter Käppler, Bericht und Antrag über den Bau oder die Einrichtung von gedeckten Einstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich Bahnhof - Altstadt	GPK
12.01.01	INTERPELLATION von Annina Keller (OeBS) Zulassungsregelung von "Exit" zu den städtischen Altersheimen	
20.02.01	VdSR - Bericht über die hängigen Motionen	GPK
13.03.01	VdSR - Landhaus/Bushof, Projektierungskredit	SPK
13.03.01	VdSR - Stellenplanerweiterung Altersheim am Kirchhofplatz, Künzle-Heim, Altersheim Steig, Altersheim Wiesli	GPK
12.03.01	INTERPELLATION von Christian Hablützel (SP) Bevölkerungsrückgang in der Stadt Schaffhausen	
12.03.01	INTERPELLATION von Christian Hablützel (SP) Endlagerung von hochradioaktiven Abfällen in Benken	
27.03.01	INTERPELLATION von Thomas Hauser (FDP) Ausgaben bei der Sozialhilfe	
3.04.01	INTERPELLATION von Bea Hauser (SP) Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?	
3.04.01	MOTION von Thomas Neukomm (SP) Sanierung städtischer Kindergärten	

Kleine Anfrage von

Theresia Derksen (CVP): Beleuchtung von Fussgängerstreifen	19.01.01	1/2001
Edgar Zehnder (SVP): Kreisel Schwabentor-Etzwilerunterführung	01.03.01	3/2001
Raphaël Rohner (FDP): Heizzeiten in den städtischen Schulhäusern	26.03.01	4/2001
Urs Tanner (SP): Midnight Basketball	29.03.01	5/2001

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**Traktandum 1 VdSR - Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt SH**

Der Grosse Stadtrat heisst die bereinigten Anträge der SPK mit **38 : 3 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 16. Mai 2000 betreffend das Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt Schaffhausen.
2. Die Verordnung über die heroingestützte Behandlung schwer heroinabhängiger Personen in der Stadt Schaffhausen wird genehmigt.

3. *Der Stadtrat wird ermächtigt, einen Mietvertrag mit dem Kanton für den Gebäudekomplex Nagelfabrik/Büropavillon N4 abzuschliessen. Dies im Hinblick auf die Integration der Beschäftigungsprogramme von Kanton und Stadt sowie der Gassenküche und der heroingestützten Behandlung. Über die erforderlichen Investitionen zur Anpassung der Infrastruktur wird auf Grund einer separaten Vorlage entschieden.*
4. *Der Stadtrat wird beauftragt, für den TASCH rechtzeitig zur Betriebsaufnahme der heroingestützten Behandlung einen geeigneten Ersatzstandort bereit zu stellen.*
5. Die erforderlichen Kredite werden auf dem Budgetweg bzw. über einen Nachtragskredit des Grossen Stadtrates gesprochen.
6. Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht nach Art. 10 lit. d Ziff. 4 der Stadtverfassung der obligatorischen Volksabstimmung.

(Ein Antrag von Alfred Zollinger (SVP), folgenden Punkt zusätzlich in die Anträge aufzunehmen "Jährlich, jeweils bis spät. Ende des 1. Quartals ist an die städtische Drogenkommission und die GPK Bericht zu erstatten" wird vom GrSR mit 22 : 17 Stimmen abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Pfadfinderhütte auf dem Chornberg, GB Nr. 3, Siblinger Randen; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit **42 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat stimmt der Umwandlung des bisherigen Pachtvertrages in einen Baurechtsvertrag und der damit verbundenen Vergabe einer Teilfläche von ca. 200 m² des Grundstückes Siblingen, GB Nr. 3, "Chornberg/Staufenhof", im Baurecht an die Pfadfinderabteilung Neuhausen am Rheinfall, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 13. Februar 2001 genannten Bedingungen zu.

(Ein Antrag von Bernhard Egli (OeBS), den jährlichen Baurechtzins auf Fr. 400.-- (statt der vom SR vorgesehenen Fr. 800.--) festzulegen, wird vom Rat mit 33 : 7 Stimmen abgelehnt.)

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Peter Neukomm (SP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN

Der Ratspräsident gratuliert GrSR Theres Brambrink (FDP) zu ihrem heutigen 56. Geburtstag. Es freut ihn, dass Th. Brambrink trotz dieses Anlasses heute an der Sitzung teilnimmt.

Neu eingegangene Geschäfte:

27.03.01 INTERPELLATION von Thomas Hauser (FDP)
Ausgaben bei der Sozialhilfe

3.04.01 INTERPELLATION von Bea Hauser (SP)
Gefährdete Poststellen in Schaffhausen?

3.04.01 MOTION von Thomas Neukomm (SP)
Sanierung städtischer Kindergärten

Diese 3 Vorstösse werden auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung gesetzt.

Kleine Anfragen:

Raphaël Rohner (FDP):	Heizzeiten in den städtischen Schulhäusern	26.03.01	4/2001
Urs Tanner (SP):	Midnight Basketball	29.03.01	5/2001

Weiter haben die Ratsmitglieder ein Schreiben der Zentralverwaltung bezüglich Sitzungsgelder (AHV-Abrechnung) zur Kenntnisnahme erhalten.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 4 vom 20. März 2001 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 VdSR - Projekt heroingestützte Behandlung
in der Stadt SH**

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 13er-SPK vorberaten.

Bea Hauser (SP) Präsidentin der SPK *

"Zuerst muss ich mich entschuldigen, dass die Beratung dieser Vorlage um zwei Wochen verschoben werden musste. Das hatte einerseits mit einem Kommunikationsproblem zwischen mir selbst und dem zuständigen Referenten zu tun, und andererseits erhielten die Mitglieder der SPK das Protokoll der letzten Sitzung mit den neuen, zusätzlichen Anträgen zu spät. Darum bin ich absolut der Meinung des Ratspräsidenten, wonach die Geschäfte erst verhandlungsbereit gemeldet werden sollen, wenn die SPK-Mitglieder wirklich im Besitz aller Unterlagen und des Protokolls sind und die Fraktionen normal darüber beraten können.

Nun zur Sache: Die Spezialkommission für das «Projekt heroingestützte Behandlung» tagte an drei Sitzungen im Beisein von Sozialreferent Thomas Feuerer und Christoph Roost, dem Projektleiter des VJPS. An der ersten Sitzung wurde die Vier-Säulen-Politik des Stadtrats, die er und dieses Parlament immer unterstützt haben, unterstrichen. Wir meinen hier die Prävention, die Therapie, die Repression und die Überlebenshilfe, zu der auch die Aktivitäten des TASCH - der Injektionsraum für harte Drogen - und die heroingestützte Behandlung gehören.

In Sachen Drogen und Drogenbekämpfung ist in den letzten Jahren in Schaffhausen einiges passiert. Die Stimmberechtigten haben die Vier-Säulen-Politik immer mitgetragen, beim TASCH nicht grossmehrheitlich, aber mehrheitlich. Dieser wurde erst an der Repfergasse eingerichtet, aber dieser Ort musste geräumt werden, was bis heute gut funktioniert hat. Nicht etwa, dass die Junkies verschwunden sind, aber die Altstadt sieht sie praktisch nicht mehr. Heute ist der TASCH in der alten N4-Baubaracke domiziliert.

Was bei dem verfolgten Vier-Säulen-Projekt bislang fehlte, war die heroingestützte Behandlung von Schwerstsüchtigen. Wer nun meint, Junkies würden damit einfach mit Heroin "auf Krankenkasse" versorgt, täuscht sich. Lassen Sie mich erklären, was die heroingestützte Behandlung ist. Langjährige Heroinabhängige sind drogenkranke Menschen. Im Gefängnis, in das sie wegen der Beschaffungskriminalität und der Illegalität ihres Tuns relativ sicher landen, werden sie nicht etwa drogenfrei, sondern brutal und in Kürze entzogen. Sobald sie draussen sind, nehmen sie Kontakt mit der entsprechenden Szene auf. Und wer heute an Drogen, auch an harte Drogen, kommen will, kriegt sie - auch in der Kleinstadt. Da müssen wir uns gar nichts vormachen. Auch wer die Augen davor verschliesst: Rehabilitation ist nicht einfach machbar, und ein Entzug von harten Drogen ist etwa so schwer, wie wenn ein Schwerstalkoholiker entziehen müsste. Die Rückfälle sind in beiden Fällen grauenhaft häufig.

Rechtlich ist die Lage klar. Die Schweizer Stimmberechtigten haben die Vier-Säulen-Politik des Bundesrates immer mitgetragen. Das Projekt über die heroingestützte Behandlung wurde Schweiz-weit angenommen, in der Stadt Schaffhausen taten dies 58,1 Prozent der Stimmberechtigten. Die Zustimmung zu einem Heroin-Abgabeprojekt in der Stadt haben der Regierungsrat und der Stadtrat mehrmals unterstrichen, letzterer an seiner Klausurtagung schon vor drei Jahren. Der Kanton hat das Bedürfnis für ein Projekt zuhanden des Bundes positiv beantwortet. Die Ausgestaltung wurde an den VJPS - des Vereins für Jugendprobleme und Suchtmittelfragen Schaffhausen, der auch den Schärme und den TASCH führt - delegiert. Die Rechtsgrundlage ist unter dem Titel «Erarbeitung eines Projekts über die heroingestützte Behandlung von schwer heroinabhängigen Personen» vom Stadtpräsidenten und vom zuständigen Regierungsrat unterschrieben worden. Der VJPS hat die Detailkonzeption an die Hand genommen. Das Bundesamt für Gesundheit hat grünes Licht gegeben und dem Projekt die Zusage erteilt.

Das Angebot richtet sich ausschliesslich an schwerstsüchtige Drogenabhängige mit langen «Karrieren» und mehreren erfolglosen Ausstiegsversuchen. Wer genau angesprochen wird, sehen Sie in der Vorlage des Stadtrats vom 16. Mai 2000 auf Seite 2. Das erste Ziel einer heroingestützten Behandlung ist die gesundheitliche Stabilisierung und die Entkriminalisierung der Drogenabhängigen.

Die wissenschaftlich evaluierte Versuchsphase für eine ärztliche Verschreibung von Heroin hat positive Resultate erbracht. Andere Städte praktizieren diese Soforthilfe seit längerem, so auch Solothurn, welche die «Gottstadt» für Schaffhausen spielte, Zürich, Winterthur und andere. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der Konsum von illegalen harten Drogen zurückgeht, dass sich etwa ein Fünftel der ins Programm eingetretenen Personen innert zwei Jahren in eine abstinenzorientierte oder Methadon-Behandlung begeben hat, der psychische und physische Gesundheitszustand der behandelten Personen sich stark verbessert hat, ebenso die Wohn- und Arbeitssituation und - das wird alle freuen - das Delinquenzverhalten massiv zurückgegangen ist.

Ich will nichts beschönigen. Die Erfahrungen der anderen Städte haben auch gezeigt, dass es negative Entwicklungen gibt. Der Konsum von Alkohol, Tabak und anderen Betäubungsmitteln ist bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nach wie vor sehr hoch. Stadtrat Feurer teilte der Spezialkommission mit, dass in Winterthur in einer flächendeckenden Untersuchung herausgefunden worden ist, dass 93 Prozent aller Abhängigen unter mittelschweren bis schweren psychischen Störungen leiden. Die heroingestützte Behandlung macht niemanden gesund, da können wir uns nichts vormachen. Aber sie hilft zu einem besseren Leben und weniger Delinquenz, was der Gesellschaft hilft. Am Ende aller Behandlungen steht immer der Traum von einem drogenfreien Leben. Manchmal trifft das auch ein, aber leider nur manchmal.

Stadtrat und VJPS haben für das Projekt der Abgabe den Schärme vorgesehen. Das wäre an und für sich auch logisch und ideal gewesen - wegen der personellen und professionellen Synergien und des Know-hows. Die Spezialkommission musste dann an ihrer ersten Sitzung erfahren, dass die Anwohnerinnen und Anwohner des Fischerhäuserquartiers keine Freude an diesem Projekt hatten. Sie fanden, mit dem Schärme sei es nun genug. Ich persönlich kann das nicht wirklich nachvollziehen, respektiere aber - wie auch der Stadtrat - den Wunsch der Leute nach einem anderen Standort.

Zu den Kosten des Projekts: Ursprünglich wurden einmalige Kosten von 118'500 Franken für die räumlichen Anpassungen im Schärme budgetiert. Der Betrieb der Heroinabgabestelle inklusive Leitung, Heroin-Abgabe und psychosoziale Betreuung verursacht jährlich wiederkehrende Kosten von total 530'000 Franken. Das Bundesamt für Gesundheit hat einen Kredit von 50'000 Franken für die Projektierung zugesichert. Der Kanton hat ebenfalls einen jährlich wiederkehrenden Kredit von 50'000 Franken zur Mitfinanzierung des Projekts zugesichert. Die Patientinnen und Patienten zahlen einen Beitrag von täglich 20 Franken. Was genau die Krankenkassen an das Projekt bezahlen, wird im Moment noch verhandelt.

Nachdem klar wurde, dass der Schärme nicht der Ort der Heroin-Abgabe sein konnte, überschlugen sich die Ereignisse ein wenig. Die dritte Sitzung der Spezialkommission im Januar wurde abgesagt, und an der Sitzung vom 26. Februar dieses Jahres überraschte uns Sozialreferent Thomas Feurer mit einem vertraulichen Entwurf für das «Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt Schaffhausen, Verlegung des Standorts, Anträge von SPK und Stadtrat» mit einem Kostenvergleich Schärme und HeGeBe - wie die heroingestützte Behandlung abgekürzt genannt wird.

In der Zwischenzeit wurde nun wirklich alles anders. Sie ersehen das aus der Vorlage der Spezialkommission vom 26. Februar 2001.

Die Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose müssen für 130'000 Franken Miete pro Jahr in GF-Liegenschaften geführt werden. Da hat der Stadtrat die alte Nagelfabrik an der unteren Hochstrasse gefunden und schlug der SPK vor, dort die arbeitsmarktlichen Wiedereingliederungsprogramme für alle zusammenzuführen. Nun könnten Beschäftigungsprogramme, das Taglohnprogramm und die Gassenküche, die aus dem alten "Steig"-Restaurant raus muss, in den Gebäuden der Nagelfabrik und der N4-Baubaracke untergebracht werden. Hier kommt nun das Problem.

Der Tagesraum für Drogen konsumierende Menschen, der TASCH, wäre nun wahrscheinlich der falscheste Ort für die Wiedereingliederungsprogramme, das den Leuten wieder festen Halt unter den Füßen geben sollte. Aber die Nähe eines Pavillons für die legale, ärzlich verschriebene Abgabe von Heroin im Rahmen der heroingestützten Behandlung wäre nicht störend; denn die Benutzergruppen von Gassenküche und Taglohnprogramm sowie der heroingestützten Behandlung überschneiden sich teilweise. Das Schärme-Team kann diese Aufgabe ziemlich problemlos wahrnehmen - wurde gesagt. Die Kosten verändern sich mit der neuen Lösung. Statt 118'500 Franken bei der Schärme-Instandstellung müssen wir nur noch 51'500 Franken für die Hochstrasse investieren. Der Einrichtungskredit senkt sich um 67'000 Franken. Dafür ist die Miete um 10'000 Franken höher. Insgesamt erhöht sich der Beitrag der Stadt Schaffhausen für dieses Projekt von 240'000 auf 250'000 Franken.

Nun stellt sich die Frage nach dem neuen Standort des TASCH. Stadtrat Feurer konnte uns die Frage noch nicht beantworten. Die Spezialkommission hat darum zwei neue Anträge formuliert, die Sie aus den Anträgen unserer Kommission ersehen. Ganz wichtig ist Antrag Nr. 4:

«Der Stadtrat wird beauftragt, für den TASCH rechtzeitig zur Betriebsaufnahme der heroingestützten Behandlung einen geeigneten Ersatzstandort bereit zu stellen.» Wir führten diesbezüglich anlässlich unserer letzten Kommissionssitzung eine Diskussion. Mir persönlich war nicht ganz wohl, in das Parlament zu kommen, ohne zu wissen, wo der TASCH genau hinkommt. Aber unsere SPK hat mit diesem Antrag den Stadtrat in Pflicht genommen. Er kann gar nicht in eine Volksabstimmung gehen, ohne zu erklären, wohin der TASCH zu stehen kommt.

Apropos Volksabstimmung: Wir fragten uns auch, ob eine Volksabstimmung nach der Abstimmung auf Bundesebene über die heroingestützte Behandlung noch nötig sei. Aber wir überschreiten den maximal möglichen Brutto-Kredit für wiederkehrende Ausgaben, und der Stadtrat will - mit Einverständnis der Spezialkommission - auch in dieser Sache die Unterstützung der Stimmberechtigten.

Dass nach Bekanntgabe dieser neuen Situation schon Leserbriefe erschienen sind, ist irgendwie nachvollziehbar, wobei ich nicht verstehe, dass jemand den TASCH ertragen hat, nun aber das Projekt HeGeBe nicht ertragen soll. Aber die Leute haben ihre Meinung.

Ich möchte mich bei den Mitgliedern der Spezialkommission für die speditive, sachliche und seriöse Arbeit bedanken. Es war keine einfache Arbeit, aber wir haben uns trotz einiger Differenzen in der Beurteilung der Lage geeinigt. Ebenso danke ich Sozialreferent Thomas Feurer und VJPS-Projektleiter Christoph Roost für ihre Bemühungen. Das Schärme-Team hat schon vorgängig Respekt verdient.

Christiane Würsdörfer von der Verwaltung danke ich im Namen unserer Spezialkommission für die kompetente Protokollführung."

Bea Hauser (SP) Fraktionserklärung *

"Ich darf Ihnen im Namen der SP-Fraktion Eintreten und Zustimmung zur Vorlage der Spezialkommission mitteilen."

Iren Eichenberger (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Für die OeBS/EVP/GB-Fraktion war Eintreten auf die Vorlage HeGeBe selbstverständlich. Schliesslich hatten wir schon 1995 bei der "Beerdigung" des ersten Projektes auf dessen Wiederaufnahme gedrängt, sobald die Erweiterung der schweiz. Programme möglich sei. Hingegen schien auch uns der in erster Variante vom Stadtrat vorgeschlagene Standort Schärme nicht die glücklichste Lösung. Es ist schwer vorstellbar, dass dort - nur durch Mauern getrennt - zwei Sorten Publikum bedient werden sollten; die eine mit dem legalisierten Suchtmittel Heroin, das für die andere beileibe verboten wäre. Wir sind dem SR daher dankbar, dass er nun - wenn auch aus anderen Gründen - eine weit bessere Lösung vorschlägt.

Die Idee eines Zentrums an der unteren Hochstrasse für Beschäftigungsprogramme, Gassenküche und Heroinabgabe ist bestechend. Ausser den gewonnenen Synergien aus den verschiedenen Betrieben erspart sie dem Projekt HeGeBe das exponierte Erscheinen in der Umgebung. Die bereits geäusserte Angst der AnwohnerInnen vor den neuen Nachbarn an der Hochstrasse ist völlig unbegründet. Vermutlich lebt jeder und jede AnwohnerIn eines Fussballstadions weit gefährlicher, wenn er oder sie dem wöchentlichen Publikumsaufmarsch samt obligaten anschliessenden Raufereien der Fanclubs ausgesetzt ist - vom Verkehr der Sportler gar nicht zu reden. Im Gegensatz dazu sind die TeilnehmerInnen eines Heroinabgabeprogrammes oder der städt. Arbeitsprogramme weder fanatisiert noch gewalttätig.

Was bleibt, ist die Sorge um den TASCH, der dank optimaler Betreuung inzwischen an der Hochstrasse heimisch wurde. Es wäre verheerend, wenn dieses niederschwellige Angebot zwischen den höher strukturierten zerrieben würde. Der TASCH darf nicht zum Spielball werden. Nachdem aber auch die Fachleute vom TASCH einen zweiten Umzug ohne Verlust des Publikums für möglich halten, verlassen wir uns auf ihre Einschätzung. Allerdings setzt ein schadloser Wechsel geeignete neue Räume und eine optimale Zusammenarbeit von Stadtrat, Polizei und TASCH-Team voraus.

Dass in der Kommissionsarbeit auch die anfangs skeptischen Fraktionen ihre Bedenken überwinden konnten, ist wesentlich der überzeugenden Argumentation des VJPS-Vertretes Chr. Roost sowie der gründlichen Vorarbeit des Stadtrates zu verdanken.

Die vergleichsweise positive finanzielle Bilanz der Heroinabgabe ist unseres Erachtens erfreulich, aber nur ein Nebenaspekt. Dennoch zeigt sie wieder einmal deutlich auf, was wäre, wenn man auf etwas Sinnvolles verzichten würde.

Die häufige Frage nach Moral oder Verwerflichkeit solcher Angebote ist angesichts der aussichtslosen Lage dieser Menschen nach jahrelanger Heroinabhängigkeit nicht angemessen.

HeGeBe gibt Leuten eine Chance, die mit allem Bisherigen gescheitert sind. Oft ist sie der entscheidende erste Schritt zur Integration. Dies allein schon verpflichtet uns, das Angebot der HeGeBe bereit zu stellen.

Nachdem unsere Fraktion bereits seit dem letzten Jahrtausend auf das Projekt wartet, hätten wir dessen Realisierung zumindest zur 500 Jahr-Feier sehr gewünscht. Nun aber akzeptieren wir zu Gunsten des Gesamtprojektes Hochstrasse die Verzögerung. Wir sagen Ja mit der klaren Auflage, für den TASCH eine neue, geeignete und für alle befriedigende Unterkunft zu finden."

Raphaël Rohner (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Liebe Kollegin Eichenberger, damit wir uns hier gut verstehen, ich spreche jetzt nicht als Mitglied der Projektleitung "Schaffhausen 500" - Du hast ja gesagt, das wäre etwas für das Jubiläumsjahr -, sondern als Fraktionspräsident.

Die Kommissionspräsidentin Bea Hauser - und mit ihr auch meine Vorrednerin Iren Eichenberger - haben bereits ausführlich die wichtigsten Punkte der Vorlage des Stadtrates "Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt Schaffhausen" erläutert. Ich verzichte daher darauf, Sie mit weiteren Details der Vorlage zu langweilen, sondern ich werde mich gleich "in medias res" begeben.

Nicht verzichten möchte ich aber vorgängig auf die Verdankung der Arbeit der Kommissionspräsidentin - sie hat es in umsichtiger und kompetenter Art verstanden, die SPK durch das nicht einfache Geschäft zu führen.

Unsere Fraktion hat - zusammen mit der SVP/EDU-Fraktion - ausgiebig und kontrovers - ja man könnte beinahe sagen "kontradiktorisch" - über die Vorlage bzw. das Projekt diskutiert. Eine Mehrheit unserer Fraktion wird auf sie eintreten und ihr zustimmen; eine Minderheit wird dies voraussichtlich nicht tun.

Eines soll von Anfang an klar gestellt werden: Wir sind uns dessen bewusst, dass von diesem Projekt ausschliesslich schwerst süchtige Personen - sogenannte hoffnungslose Fälle - profitieren können und sollen.

Die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen sind rechtlich klar definiert; aus dieser Sicht gibt es keinerlei Bedenken anzubringen. Der VJPS unter der Leitung von Christoph Roost garantiert für eine fachkundige Umsetzung. Dafür kann ich auch als langjähriges Vorstandmitglied des VJPS die Hand ins Feuer legen.

Das Ziel des Projektes ist nicht eben hoch angesetzt, erscheint jedoch realistisch: Die Rückführung von schwerst Drogenabhängigen in die Normalität des Lebens. Dabei sollen die desolaten Begleiterscheinungen einer schweren Sucht wie

- Arbeits- und Vermittlungsunfähigkeit,
- Beschaffungskriminalität,
- schwere Verwahrlosung,
- Folgekrankheiten mit zumeist schwerwiegenden Konsequenzen wie dauernde Pflegebedürftigkeit

gemildert, ja teilweise eliminiert werden.

Sogenannt sozial randständige Personen werden gesellschaftlich wieder bis zu einem gewissen Grad integriert. Das ist unbestritten.

Unabhängig von Weltanschauungen und politischen Ideologien wird man diesem Anliegen grundsätzlich zustimmen können und müssen, sofern man sich dem humanitären Gedankengut der modernen Zivilisation verpflichtet fühlt.

Wir tun es indessen mit dem klaren Hinweis, dass es unser aller erklärtes Ziel sein und bleiben muss, auch diese drogenabhängigen Personen in einem zweiten Schritt definitiv aus der Sucht hinaus zu führen.

Denn wir müssen uns darüber klar sein, dass wir bei diesem Projekt die Sucht mit einem Suchtmittel behandeln, was mindestens für den Laien als reiner Widerspruch in sich gelten könnte, wenn damit nicht immerhin - wie angeführt - die negativen Begleiterscheinungen der Sucht gemildert werden könnten. Die diesbezüglichen Bedenken eines Teils unserer Fraktion sind m. E. daher verständlich.

Unsere Fraktion erwartet gesamthaft, dass auch diese Drogensüchtigen gleichsam in einem zweiten Schritt einer der zahlreich angebotenen Entziehungstherapien zugeführt werden.

Erlauben Sie mir auch noch, eine kritische Anmerkung zur Standortfrage des Projektes anzufügen. Ursprünglich war vorgesehen, den "Schärme" an der Fischerhäuserstrasse 24 als Standort für die heroingestützte Behandlung zu nutzen. Nun ist man aus den von der Kommissionspräsidentin dargelegten Gründen davon abgekommen und priorisiert den Gebäudekomplex Nagelfabrik / Büropavillon N4.

Sofern die in der überarbeiteten Fassung des Beschlusses explizit vorgesehene Auflage eingehalten werden kann, wonach für den sich zur Zeit ebenfalls dort befindlichen TASCH rechtzeitig zur Betriebsaufnahme der heroingestützten Behandlung ein geeigneter Ersatzstandort bereit zu stellen ist, bleibt die Belastungssituation für die angrenzenden Wohnquartiere zwar aller Voraussicht nach im bisherigen Rahmen bestehen und wird nicht weiter vergrössert. Sie darf aber auf keinen Fall grösser werden. Es muss viel eher zu einer Entlastung kommen!

Der rechtzeitigen Umsiedlung des TASCH ist daher ein besonderes Augenmerk zu schenken - im Interesse der Wohnbevölkerung an der Hochstrasse und an der Weinbergstrasse.

Die auch gegenüber mir geäusserte Besorgnis der Wohnbevölkerung muss ernst genommen werden. Es mutet befremdend an, wenn mir Quartiereinwohner noch gestern Abend mitgeteilt haben, sie hätten rein zufällig aus der Presse von diesem Projekt erfahren.

Das Gespräch soll mit ihnen seitens der Verantwortlichen geführt werden; die Probleme müssen auf den Tisch gelegt und diskutiert werden. Wenn nötig müssen auch praktikable Lösungsansätze gefunden werden. Dabei ist auch an geeignete flankierende Massnahmen zu denken, welche die Belastung minimieren. Immerhin handelt sich hier um berechnete Ansprüche auf Sicherheit und Ordnung. Diese müssen den dort wohnhaften Einwohnerinnen und Einwohnern auf jeden Fall zugestanden werden.

Und denken wir daran: Gut gemeinte Projekte - wie das vorliegende, welches noch vors Volk kommt - hängen nämlich nicht zuletzt auch vom Wohlwollen und der Akzeptanz der unmittelbar betroffenen Nachbarschaft ab.

Gefährden wir es daher nicht, indem wir ihre Ängste und Bedenken in den Wind schlagen. Es scheint hier offensichtlich an der notwendigen Vertrauensbasis zu fehlen. Sie muss unbedingt noch geschaffen werden."

Theresia Derksen (CVP) Votum *

"Wir stehen hinter der vom Bundesrat formulierten 4-Säulen-Politik, also Prävention, Therapie, Schadensverminderung und Repression.

Mit dieser Vorlage sollen ausschliesslich schwerstsuchtliche Drogenabhängige, die auch mit mehreren Ausstiegsversuchen gescheitert sind, also Abhängige, die nicht mehr zu therapieren sind, erreicht werden.

Es ist uns bewusst, dass die heroingestützte Behandlung in keiner Art und Weise andere - direkt auf Abstinenz ausgerichtete - Therapien zu ersetzen vermag. Doch wenn bei Schwerstabhängigen mit der kontrollierten Heroinabgabe die physische und psychische Gesundheit verbessert und die Kriminalität vermindert werden kann, so kann dies bereits als positives Ergebnis bezeichnet werden.

Den besten Standort für dieses Projekt wird es nie geben. Der vorgeschlagene Standort an der Hochstrasse ist wohl aber gegenüber der Fischerhäuserstrasse die bessere Lösung. Zudem gestattet es meines Wissens eine entsprechende Bundesverordnung gar nicht, den TASCH (für den illegalen Drogenkonsum) und die heroingestützte Behandlung (legale Drogenabgabe) am gleichen Standort zu positionieren.

Daher ist es richtig, dass die SPK einen entsprechenden Antrag unter Punkt 4 eingebracht hat.

Die CVP wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Erwin Sutter (EDU) Votum *

Als Vertreter von mehr als 40% des Stimmvolkes, welches die Heroinabgabe abgelehnt hat, erlaube ich mir, die nun vorgesehene Durchführung entsprechend zu kommentieren.

Bisherige Erfahrungen

Die wohl wichtigste Grundlage für die heroingestützten Behandlungen ist die zwischen 1995 und 1998 durchgeführte Schweizer Studie unter Professor Uchtenhagen und der Begleitung des BAG. Die Resultate dieser Studie werden oft als positiv und erfolgreich dargestellt. Ein internationaler Ausschuss von 31 Drogenexperten der WHO hat die Resultate der Schweizer Studie auf ihre Wissenschaftlichkeit hin geprüft. Ich möchte auf der Basis dieser WHO-Auswertung die in der stadträtlichen Vorlage genannten Positivpunkte kommentieren (Zitate):

1. Bei den Teilnehmern der Heroinabgabe wurde eine Verbesserung der körperlichen Gesundheit (Abszesse, HIV-Infektionen) und des sozialen Verhaltens (Arbeits- und Wohnsituation, Schuldenabbau) festgestellt.

Kommentar: Aus den Versuchsergebnissen kann nicht abgeleitet werden, ob die Verbesserung auf die Heroinabgabe selbst zurückzuführen ist oder ob sie ein Resultat des allgemeinen Betreuungsprogramms sind. Die soziale und medizinische Betreuung während des Versuchs war ausserordentlich intensiv.

2. Der Konsum von illegalen Drogen ist zurückgegangen und das Delinquenzverhalten hat sich verbessert.

Kommentar: Das ist eine logische Folge, wenn der Staat selber illegale Drogen abgibt. Wenn beispielsweise einem Alkoholabhängigen gratis Alkohol abgegeben wird, würden ebenso positive Resultate erreicht, nämlich bessere soziale Verhältnisse und weniger Diebstahl. Nur, durch die Abgabe von Suchtmittel wird kein Anreiz zur Abstinenz gegeben. Auch werden weiter zusätzliche Drogen konsumiert, wie z.B. aus dem Solothurner Vergleichsprojekt hervorgeht. Auf der anderen Seite begibt sich der Staat aufs juristische Glatteis, indem er selber die von ihm als illegal benannten Stoffe abgibt. Die Signalwirkung ist entsprechend: offenbar ist "illegal" ein relativer Begriff und muss nicht mehr ernst genommen werden. Das hat fundamentale Konsequenzen auf die ganze Rechtsprechung.

3. 19 Prozent der Teilnehmer haben sich innert 22 Monaten in eine alternative Behandlung begeben (abstinenzorientierte, Methadon-Behandlung etc.).

Kommentar: Dies ist auf den ersten Blick immerhin erfreulich, aber auch hier müsste wie bei den anderen als positiv dargestellten Punkten ein Vergleich mit Alternativprogrammen gemacht werden. Dieser "Erfolg" muss durch einige in der Vorlage nicht erwähnten Zahlen relativiert werden. Beim Eintritt in die Versuche haben 14% nur gelegentlich Heroin konsumiert, waren also keine Schwerstsüchtige und 61% wurden direkt aus einem Methadonprogramm rekrutiert. Dann fehlt natürlich das wichtigste Kriterium: Wie viele Personen konnten sich aus der Drogensucht lösen? Hier fehlt (wohl bewusst) die Antwort.

Wenn die Heroinabgabe trotzdem immer positiv dargestellt wird, so muss dies wohl auf die Interessenlage bei den Beteiligten zurückgeführt werden, nämlich:

- die Drogenabhängigen erhalten eine garantierte Versorgung
- für die Legalisierungsbefürworter ist es ein Schritt in die richtige Richtung
- Wissenschaftler haben einen grundsätzlichen Hang zu positiven Resultaten
- die Projektärzte erhalten zusätzliche Kunden
- die Politiker haben ein Verfahren zur Beruhigung de Situation. Das Drogenproblem kann "gemanagt" werden. Auf der Strecke bleiben aber die eigentlich Betroffenen, weil ihnen durch eine unangemessene Behandlung der Weg in die Abstinenz unnötig verlängert, oder sogar durch den Stempel "hoffnungsloser Fall" verunmöglicht wird.

Alternativen

Unser Ansatz zum Thema Suchtbefreiung geht von folgender Grundhaltung aus:

- die meisten Drogenabhängigen sehnen sich nach einem Leben ohne Drogen
- Heroin ist eine harte Droge und verlangt auch harte Massnahmen
- ohne Druck schaffen es die Wenigsten, aus dieser die Persönlichkeit zerstörenden Droge auszusteigen

- die gute Botschaft: ein Ausstieg ist möglich, egal wie lange und wie intensiv der Drogenkonsum schon dauerte, und egal, wieviele Ausstiegsversuche schon gemacht wurden.

Mehr Druck hat sich zum Beispiel bei der Auflösung der Drogenszene in der Repfergasse als wirksam gezeigt, und zwar durch weniger Zulauf von externen Drogenabhängigen, und - was besonders wichtig ist - durch eine markante Zunahme von Therapiewilligen (siehe Kommentar und Aussagen des Sozialreferenten zum Budget 2001).

Die Abgabe von Heroin widerspricht einem der fundamentalen Prinzipien der Suchttherapie, nämlich dass kein Suchtmittel abgegeben werden soll, mindestens nicht langfristig.

Als Alternative zur Abgabe von Heroin sehen wir auch bei Schwerstsüchtigen nur eine umfassende, ganzheitliche Betreuung und Begleitung mit dem Ziel der Abstinenz, der Resozialisierung und Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Hinter der Drogensucht stecken in der Regel tiefgehende menschliche und soziale Probleme. Die besten Erfolgchancen bieten hier nach wie vor stationäre Therapien und diese möglichst nicht am Aufenthaltsort des Süchtigen. Die Leute müssen auch geografisch von der Szene weggehen.

Kostenfrage

Die Heroinabgabe wird in der Vorlage als kostengünstigste Behandlungsmöglichkeit dargestellt. Dies stimmt leider nur bei der hier gewählten Darstellung mit einem kurzfristigem Zeithorizont. Es muss davon ausgegangen werden, dass eine Heroin konsumierende Person keine qualifizierte Arbeitsleistung erbringen kann, da die Wirkung des Heroins stark leistungsmindernd ist. Unter diesen Umständen wird eine abstinenzorientierte Therapie zwar am Anfang teurer sein, aber auf die Dauer weniger volkswirtschaftliche Gesamtkosten verursachen. Zu den Kosten für die Heroinabgabe müssen auch die Beiträge an den Lebensunterhalt hinzu gerechnet werden, sei es durch Angehörige, Sozialhilfe oder IV. Auch die Kosten, die durch Verkehrsunfälle wegen Drogenkonsum verursacht werden, sind nicht unerheblich. Es wird geschätzt, dass etwa 12% aller Verkehrsunfälle durch Drogenkonsum verursacht werden. So gerechnet zeigt das Therapiemodell im Vergleich zur Heroinabgabe bereits nach einigen wenigen Jahren volkswirtschaftliche Vorteile. Die jährlich wiederkehrenden Fr. 540'000.-- könnten meiner Meinung nach wirksamer eingesetzt werden.

Das Schaffhauser Projekt

Die Heroinabgabe wird allgemein unter dem Aspekt der medizinischen Überlebenshilfe gesehen, so quasi als Zwischenlösung. Dem könnte ich allenfalls zustimmen, wenn sie zeitlich begrenzt und auf klare, qualitativ messbare Ziele ausgerichtet wäre. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner einer Heroinabgabe "per se". Aber es müsste mindestens ein klarer Zeithorizont da sein, eine messbare Zielvorgabe vorhanden sein. Dieser Zeithorizont fehlt und auch die laufende Kontrolle auf Einnahme von anderen Drogen (z.B. Urintests). All dies kann ich bei dem hier vorgesehenen Programm nicht sehen. Damit ist das Projekt der Stadt ein Weg in die falsche Richtung. Dem einzelnen Drogenabhängigen erleichtern sie den Zugang zum Stoff, er nimmt ihm oder ihr Druck weg, was langfristig vermieden werden sollte.

Geben wir diesen Leuten Nahrung, Unterkunft, medizinische, psychologische und soziale Betreuung, aber vermeiden wir, ihnen eines der heimtückischsten Gifte, das den Menschen seelisch und körperlich zerstört, abzugeben. Die wohl schlimmste Folge der Heroinabgabe ist nämlich der Verlust an Motivation zum Ausstieg. Wie schlimm es um den Einzelnen auch steht, immer weiss er um die Möglichkeit, wieder an den Stoff zu kommen, egal in welcher Situation er sich auch befindet. Damit werden stationäre Therapieplätze massiv gefährdet. Es ist eine Tatsache, dass bereits Therapiehäuser aus Mangel an Therapiewilligen schliessen mussten.

Aussagen von Ehemaligen

An dieser Stelle zitiert der Votant aus einem Heft Beispiele von ehemals Drogensüchtigen, welche inzwischen seit mehreren Jahren drogenfrei leben.

Lassen Sie mich mit einigen Aussagen eines Ehemaligen, der wirklich ausgestiegen ist, schliessen: "Klare abstinenzgeführte Therapiestellen sind für die Süchtigen in unserem Land dringend nötig. Diese Therapien können nur dann ihren Zweck erfüllen, wenn sie ihre Aufgaben in ihrem konzeptionellen Sinn durchführen können. Darum ist die Haltung des Staates von grosser Bedeutung, was das Therapieangebot angeht. Die Süchtigen mittels Drogenabgabe-Programm in die Therapien führen zu wollen, ist äusserst utopisch. Durch die Drogenabgabe wird den Süchtigen signalisiert, dass wir als Staat und Gesellschaft die Hoffnung aufgegeben haben, sie aus der Sucht hinausführen zu wollen. Diese Signalisation ist mit einer Katastrophe zu vergleichen. Die verschiedenen Drogenabgaben vermitteln den Süchtigen in unserer Gesellschaft, dass ein Umgang mit Drogen möglich und auch machbar sei, und es letztlich nur eine Frage der Zeit sei, bis die Suchtkranken die nötige Motivation für einen effektiven Ausstieg aus der Sucht entwickelt haben. In den meisten Fällen ist das Gegenteil der Fall. Tatsache ist, Suchtverlängerung kann für den Süchtigen jeden Tag den Tod bedeuten. Süchtig sein bedeutet prinzipiell, dass man in höchstem Grad krank ist und echter Hilfe bedarf, die nicht irrsinnigerweise mit Suchtmitteln behandelt werden kann und darf. Der Misserfolg ist vorprogrammiert. Wer trägt die Verantwortung? Die abstinenzorientierte Therapie ist die einzige echte Chance, dem Süchtigen in Würde und Anerkennung zu begegnen. Dies bedarf in Zukunft noch vermehrt eines massiven Engagements abstinenzorientierter Therapiestellen und deren Mitarbeiter. Die Motivation dazu ist da. Dies sagt jemand, der langjährig drogenabhängig war.

Lasst uns zusammen diese Herausforderung annehmen! Ich danke Ihnen für Ihre Geduld."

Josef Eugster (SVP) Votum

"Ich kann leider diesem Projekt nicht viel Gutes abgewinnen, wie die Mehrheit meiner VorrednerInnen. Beim nachhaltigen therapeutischen Nutzen mache ich, obschon wir dies in der SPK ausgiebig diskutiert haben, nach wie vor ein grosses Fragezeichen. Die Erfahrungen, welche in anderen Kantonen gemacht wurden, sind eher fragwürdig. Was mich an der ganzen Sache am meisten stört, ist, dass diese TeilnehmerInnen nicht zu irgend etwas verpflichtet werden, sondern nach Belieben X-mal ein- und wieder aussteigen können. Ich habe schon in der SPK gesagt, dass ich es befürworten würde, wenn sich die TeilnehmerInnen verpflichten müssten, über eine gewisse Zeit in diesem Programm mitzumachen. Es ist vorgesehen, mit ca. 25 TeilnehmerInnen zu starten. Ein Ausbau auf 35 Leute ist machbar.

Die Mindestzahl beträgt 15 TeilnehmerInnen. Durch Ausstiege wird diese Zahl möglicherweise unterschritten. Wer bricht dann ab? Was geschieht dann mit den restlichen 12 - 14 Leuten, welche noch in diesem Projekt drin sind? Das sind noch offene Fragen.

Der einzige Pluspunkt, den ich diesem Projekt zuschreiben kann, ist, dass die Beschaffungskriminalität nachweislich massiv zurück geht. Das ist wichtig für jenes Quartier, der zum Standort für das HeGeBe-Projekt wird. Positiv zu werten ist ferner der Umstand, dass der physische und psychische Zustand dieser Leute massiv verbessert wird. Negativ ist allerdings, wenn die Leute wieder "aufgepäppelt" sind und es ihnen wieder relativ gut geht, aus dem Programm aussteigen und wenn sie wieder abgestürzt sind, erneut einsteigen können.

Dies sind alle Aspekte der Umsetzung dieses Programmes. Ich höre jetzt schon von einzelnen Mitgliedern dieses Rates zum Zeitpunkt eines allf. notwendigen Projektabbruchs die Frage: "Ja, was machen wir jetzt mit dem armen Rest, der übrig bleibt?" Meines Wissens sind es im Kt. Thurgau noch 10 Leute, welche in diesem Programm drin sind.

Die verminderte Beschaffungskriminalität, der verbesserte physische und psychische Zustand dieser Leute und die Hoffnung, dass mit diesem Projekt mindestens Einzelne den Ausstieg aus den Drogen schaffen werden, haben mich in der SPK veranlasst, dieser Vorlage zuzustimmen. Ich werde auch hier zustimmen."

Alfred Zollinger (SVP) Votum

"Ich möchte nicht mehr gross zur Vorlage sprechen. Ich bin froh, dass die Leute, welche beim Votum von Ratskollege Sutter demonstrativ den Ratssaal verlassen haben, zurückgekehrt sind, so dass sie mein Votum hören.

Ich spreche nur zu zwei Punkten. Der eine Punkt betrifft die Verschiebung des Standortes für das HeGeBe-Projekt von den Fischerhäusern an die Hochstrasse. Ich verstehe den Stadtrat nicht. In den Fischerhäusern wurde eine Info-Veranstaltung durchgeführt. Die AnwohnerInnen der Hochstrasse mussten dies aus der Zeitung entnehmen. Ich habe einige Telefonanrufe erhalten. Ich habe auch ein Schriftstück bekommen, welches ich SR Feurer zukommen liess, damit er heute in dessen Besitz ist. Wenn ich einige Sätze aus diesem Brief lese, muss ich schon ein wenig staunen. Es heisst hier drinnen z.B. unter Beschwerden - ich zitiere: "Die Anwohner fühlen sich durch Versprechen des Stadtrates in Bezug auf TASCH Hochstrasse und des Sozialreferates über den Tisch gezogen und im Stich gelassen. Ich weiss nicht, was das heisst. Ich nehme an, dass es hier noch eine Erklärung geben wird. Weiter hat es im Brief Fragen und Forderungen.

Ich bin überzeugt, wenn man mit diesen Leuten sprechen würde bzw. wird, wird das "Gartentor" nicht geschlossen sein, aber die Information sollte einfach funktionieren. Deshalb verlange ich von Ihnen, Herr Stadtrat Feurer, dass Sie die Bemerkungen und Fragen dieses Briefes mit den AnwohnerInnen der Hochstrasse besprechen. Es dürfte sehr empfehlenswert sein, dies vor der Volksabstimmung zu machen, sonst könnte es falsch heraus kommen. Vielleicht gehe ich recht in der Annahme, dass wir heute wenigstens auf die wichtigste Frage dieses Briefes eine Antwort erhalten werden.

Der andere Punkt betrifft die finanzielle Seite. Dieses Projekt kostet einiges an Geld. Es fehlt mir bei den Anträgen das Reporting über dies Projekt. Ich werde bei den Anträgen einen entsprechenden Antrag stellen."

Gertrud Walch (SVP) Votum *

"Die eidgenössische Abstimmung von 1999 über die Heroinverschreibung ergab zwar eine Zustimmung von 54 %. Aber es stimmten immerhin 46 % nein. Auch ich gehörte zu den Nein-Stimmenden. Die Zustimmung ist also knapp ausgefallen. Somit werden Sie verstehen, dass ich von diesem Projekt nicht gerade "beglückt" bin.

In einer Zeit, wo Eigenverantwortlichkeit und eigenverantwortliches Handeln allgemein von allen Seiten geschätzt wird, wo jeder Süchtige aufgeklärt ist, was süchtig macht, wo er sich die Freiheit nimmt oder nahm, süchtig zu werden, da habe ich Mühe, der Stadt und dem Staat zuzurufen: Gebt und zahlt diesen Schwerstsüchtigen zum grossen Teil in Zukunft das Heroin!

Wir nehmen ihnen damit einen grossen Teil der Eigenverantwortung ab.

Wir geben ihnen quasi als Belohnung Heroin und finanzieren es, wohl nicht vollständig aber mehrheitlich, nämlich zu Zweidritteln.

Wenn man dann diese Sucht als Suchtkrankheit bezeichnet, wird mit dieser Wortwahl zudem ein grosser Teil der Eigenverantwortlichkeit der Süchtigen verdeckt. Dies geschieht auch in dieser Vorlage, wo man die Drogenabhängigkeit zu den schweren Krankheiten unserer Zeit zählt. Wir Menschen sind nicht wie Tiere, die sich nicht gegen BSE oder Maul- und Klauenseuche wehren können. Wir sind über die Suchtgefahr aufgeklärt. Wir können zudem "ja" oder "nein danke" zu den Drogen sagen.

Der Süchtige sucht etwas, wie es die Wortbedeutung ja sagt. Er kann es aber im Heroin sicher nicht finden. Wir sollten ihm lohnenswerte Ziele aufzeigen.

Ich war nicht Mitglied der Spezialkommission "Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt Schaffhausen." Deshalb erlaube ich mir, 3 Fragen zu stellen.

1. Wie wäre eine zeitliche Begrenzung der Heroinabgabe auf einige Jahre? Auch bei anderen Versuchen wird eine Begrenzung auf einige Jahre als sinnvoll erachtet.
2. Wäre es nicht sinnvoll - diese zeitliche Begrenzung vorausgesetzt - dass für eine Verlängerung des Heroin-Abgabe-Projektes neben der Voraussetzung einer Mindestzahl von 15 Personen ein gewisser Erfolg nachgewiesen werden müsste? Eine Mindestzahl von 15 Personen erscheint mir nicht als einzig sinnvolle Messgrösse, um das Projekt weiterzuführen. Relevant als Qualitätsmerkmal wären erreichte messbare Teilziele, eine feststellbare Verbesserung.
3. Wie steht es bezüglich Projektvorschriften, welche gegenüber Heroinsüchtigen angewandt werden? Ist es so, dass Heroinsüchtige mehrmals in ein solches Heroinprojekt kommen bzw. es nach eigenem Gutdünken verlassen können? Oder existiert eine gewisse Vorschrift, dass die Süchtigen über eine gewisse Zeit mitmachen müssen und dass sie nicht willkürlich aus dem Projekt aussteigen und einen Monat später wieder einsteigen können?

Besten Dank für die Prüfung dieser Fragen."

Christian Bächtold (FDP) Votum *

"An diesem Bericht und Antrag stört mich, dass die Stadt einmal mehr eine kantonale Angelegenheit zu lösen versucht. Es ist doch bekannt, dass die Zentrumsfunktionen der Stadt sehr viel Geld kosten und niemand daran zahlen will. Ich bin daher ganz klar dagegen, dass die Stadt nun schon wieder eine kantonale Aufgabe übernimmt, und vertrete die Meinung, dass der Kanton in Zusammenarbeit mit dem Kantonsspital diese Aufgabe lösen sollte. Die Rechnung wird irgend wann einmal nicht mehr aufgehen, und die Stadt dann wieder für Alle bezahlen. Ich werde aus diesem Grund der Vorlage nicht zustimmen."

Peter Neukomm, Ratspräsident: "Als jemand, der seit 10 Jahren beruflich direkt mit Drogensüchtigen zu tun hat, hätte ich einiges zur Diskussion beizutragen. Ich verzichte darauf und bleibe auf dem "Bock". Sie werden auch heute wieder gemerkt haben, dass die Drogenpolitik für gewisse Leute immer noch eine Glaubensfrage ist. Da kommt mir ein Sprichwort in den Sinn, welches heisst: In der Politik geht es nicht um letzte Wahrheiten, sondern um richtige Lösungen. In diesem Sinne gebe ich das Wort weiter an den zuständigen Referenten, SR Thomas Feurer."

Stadtrat Thomas Feurer Stellungnahme des Stadtrates

"Ich habe heute nicht nur lange zugehört, sondern ich habe mich mit dieser Vorlage seit 1 1/2 Jahren befasst. Ich bin mit vielen Leuten zusammen gewesen und habe am Schluss die Vorlage präsentiert. Unterdessen sind die Stapel meiner Erkenntnisse sehr dick geworden. Was in der heutigen Eintretensdebatte alles auf den Tisch kam, auch an Vorwürfen, was z.B. Alfred Zollinger gesagt hat, da muss ich schon sagen: Als Sozialreferent brauchen Sie verdammt gute Nerven. Es werden Sachen auf den Tisch gelegt, es werden Negativaspekte aneinander gereiht, aber wer das Problem verursacht hat, davon redet niemand. Gertrud Walch hat in ihrem Votum gesagt, sie werde mit dieser Vorlage gar nicht beglückt. Entschuldige, Gertrud Walch, ich bin auch nicht glücklich. Ich hätte mir ganz gut ein Leben vorstellen können ohne TASCH, ohne HeGeBe, ohne Schärme, ohne Arbeitslose, ohne Taglohnprogramme, ohne alle diese Einrichtungen, die wir führen müssen - inkl. jugendpsychiatrische Dienste, inkl. Sozialdienste usw., welche ich täglich auf dem Schreibtisch habe. Die Junkies und all diese Leute, die auf dieser Schiene sind, die haben nicht die Sozialreferenten des Kantons oder der Schweiz selber gezeugt oder geboren, sondern wir müssen uns um diese Probleme kümmern. Ich brauche Sie und die Bevölkerung, damit Sie mir dabei helfen. Das geht nicht, wenn wir nur einfach Nein sagen.

Ich werde in diesem Sinn den Bogen etwas auf tun. Ich werde mich dabei nicht ganz kurz fassen können. Ich denke, dass ich Ihnen mit meiner Stellungnahme ein paar Fragen beantworten kann. Der rote Faden bei den ersten Voten war vor allem die Sorge um den TASCH. Das ist uns bekannt. Diesen Wermutstropfen kennen wir. Wir werden uns darum kümmern, allerdings - Bea Hauser - nicht mit dem Junktim, dass die Volksabstimmung erst gemacht wird, wenn wir den Standort für diesen TASCH kennen. Ich habe diese Übung schon einmal durchgeführt. Es ist unmöglich, dass wir mit einer solchen Vorgabe diese TASCH-Verlegung umsetzen müssen. Manchmal geschehen Dinge von einem Tag auf den anderen. Das ist immer wieder so gewesen. Ich muss mir diesen Spielraum aufrecht erhalten.

Kurz zu den Voten von Josef Eugster und Alfred Zollinger. Die Qualitätsaspekte sind angesprochen worden. Unter Qualität verstehe ich die Qualitätssicherung und unter letzterem meine ich auch das Reporting. Da sind wir nicht untätig geblieben. Wir müssen uns da an Vorgaben halten. Die drei Fragen von Gertrud Walch betr. die zeitliche Begrenzung werden auch einigermaßen beantwortet sein, weil es so - wie die Erfahrung gezeigt hat - nicht geht. Die Verlängerung der Dauer mit einer Zielvereinbarung zu verknüpfen ist eine Idee, die wir individuell umsetzen können; sicherlich jedoch nicht als generelle Vorgabe, da wir sonst gewisse Leute zum vornherein ausschliessen würden. Die Projektvorschriften, die Sie angesprochen haben, sind im Paket Qualitätssicherung, auf das ich noch zurück kommen werde, enthalten.

Hinsichtlich des Votums von Erwin Sutter habe ich eine etwas andere Ansicht, was die Beantwortung der Fragen anbetrifft. Josef Eugster zum Beispiel hat schon in der SPK differenzierte Fragen gestellt. Ich habe auch die heutige Fragestellung von ihm als sehr differenziert empfunden. Wir versuchen auch, mit den Leuten, die Fragen haben, in Kontakt zu kommen. Wenn aber jemand so negativ eingestellt ist und sich nur die negativen Aspekte aussucht wie Erwin Sutter, dann bin ich mir bewusst, dass ich diese Leute gar nie überzeugen kann. Das heisst aber nicht, dass ich Deine Argumente - das möchte ich im Protokoll vermerkt wissen - a priori daneben finde. Aber wir können uns ganz offensichtlich nicht finden. Ich werde nachher noch im Detail auf diese Argumentationsreihe von Erwin Sutter eingehen.

Zur Vorlage

Wir haben eine anspruchsvolle Vorlage vorgelegt. Die SPK hat sich lange damit beschäftigt. Sie hat dann auch lange auf diesen Entscheid Hochstrasse warten müssen - ich komme noch auf diesen zurück. Die Arbeit in der SPK mit Leuten, die zugehört haben, war ausserordentlich engagiert. Ich hoffe, dass dieser Stil, den wir in der SPK erlebt haben, sich fortsetzt. Ich möchte mich zuerst einmal bedanken bei der Kommissionspräsidentin für die umsichtige Führung, bei den Kommissions-Mitgliedern für die engagierten, fairen und sachlichen Voten. Ich danke dem VJPS und Christoph Roost - er ist heute Abend auch unter uns - für die langjährige Arbeit in Sachen Drogen in der Stadt Schaffhausen. Ich weiss nicht, wie ich oder meine Vorgänger dies ohne ihn gemacht hätten. Ich danke Christian Schneider für seine juristische Beratung. Wir bewegen uns tatsächlich in einem labilen Bereich, was die juristische Wertung anbetrifft. Ich möchte vor allem auch dem Kanton danken, welcher über das Departement des Innern mit den Herren Dr. Ebner und Dr. Böhm vom Psychiatrie-Zentrum ausserordentlich viel zu dieser Vorlage beigetragen hat. Das Gleiche gilt für den Kantonsarzt Dr. Jürg Häggi. Ich danke auch dem Kantonsrat. Es ist wahrscheinlich nicht oft vorgekommen - Christian Bächtold -, dass der Kantonsrat eine Vorlage vor uns behandelt hat und sich dort auch verpflichtet hat, mit zu bezahlen; vielleicht nicht so viel, wie Du dir erhofft hast. Aber wir haben noch eine andere Schiene, die uns evtl. entlastet. Ich werde darauf zurück kommen. Ich danke auch dem Göttiprojekt von Solothurn, welches wir besucht und detailliert analysiert haben. Ich danke auch dem Bund für die finanzielle Unterstützung und die wohlwollende Begleitung. Es waren Dutzende von Leuten involviert. Man möge mir verzeihen, wenn ich ein paar nicht erwähnt habe.

Die Stellungnahme des Stadtrates gliedert sich wie folgt:

- Rückblick und Ausblick auf die Schaffhauser Drogen-Geschichte
- Legitimation aus städtischen Abstimmungsergebnissen
- Vorlagenschwerpunkte und -Inhalte
- Argumente für Standort Nagelfabrik
- Disput zwischen Fischerhäuserstrasse und Hochstrasse
Hier sieht man klar, dass es eigentlich nicht um Argumente geht, sondern darum, dass niemand dieses Ding will, was ich auch verstehe. Aber so kommen wir nicht weiter und nicht zu Lösungen.
- Ausgestaltung
- Kosten
- Fazit

Rückblick und Ausblick auf die Schaffhauser Drogen-Geschichte

Schaffhausen erlebte in den letzten 30 Jahren ähnliches wie Zürich, Winterthur und andere Städte, in denen im Prinzip all dieses negative soziale Geschehen im wesentlichen abläuft. Das hat mit Anonymität und vielen Dingen zu tun. Als Zentrumsstadt sind wir sozialpolitischer Brennpunkt einer Region. Das ist so, da können wir lange darüber diskutieren. Ich werde bei der Beantwortung der Interpellation von Thomas Hauser darauf zurück kommen, wo dann auch diese Wanderungsbewegungen nachvollzogen werden können. Die sozialen Probleme wurden nicht von den Städten erfunden - auch nicht von den Sozialreferenten. Sie sehen den Wandel in der Gesellschaft und der Häufung der Probleme in nachfolgenden Zahlen: Meine Vorgänger - nicht Kurt Schönberger, er war auch schon im aufsteigenden Ast - hatten 50 bis 100 Sozialhilfefälle im Vollamt zu betreuen. Aktuell sind wir in Schaffhausen jetzt bei 1'500 Fällen angelangt, was von meinen Leuten ein grosses Mass an Arbeit und Opfern abverlangt.

Drogen sind in Schaffhausen seit 30 Jahren ein Thema. Wahrscheinlich gab es schon vor 500 Jahren Heroin, Cannabis, Kokain und diese Dinge. Nur war dies bis Mitte des letzten Jahrhunderts kein Thema. Dann kamen aber neue Sachen, all diese künstlichen Mittel wie LSD und Exstasy, dazu. Der Höhepunkt der Schaffhauser Drogenszene war bestimmt die offene Szene an der Repfergasse - wahrscheinlich die letzte offene Szene in der Schweiz -, welche auch von Leuten aus Süddeutschland und dem Thurgau aufgesucht wurde. Die grosse Wende kam mit der Räumung. Da kann ich Ihnen eine Zahl sagen. Vor der Räumung haben wir monatlich gut 20'000 Spritzen abgegeben. Heute sind wir bei 4'500 Spritzen angelangt. Da können Sie uns, Erwin Sutter, nicht a priori Erfolglosigkeit vorwerfen. Die Räumung der Repfergasse war eine erfolgreiche Aktion. Aber wir haben es immer noch mit Drogenabhängigen zu tun, aber nun mit jenen, welche aus der Region stammen, d.h. "hausgemacht" sind. Wir haben heute 10 - 12 Leute in der Rehabilitation - das haben Sie richtig gesehen, Erwin Sutter, gegenüber 1 - 2 oder keinen vor der Räumung der Repfergasse. Das hat auch einen Wermutstropfen. Von diesen 1,3 Mio Franken Mehrausgaben bei den Sozialhilfeausgaben netto der Stadt Schaffhausen sind ca. 600'000 Franken darauf zurück zu führen, dass wir jetzt mehr Leute in der Reha haben. Trotz höherer Kosten im Sozialhilfebereich würde ich sagen, dass wir eine erfolgreiche Politik betrieben haben. Wir haben das Gefühl, dass wir mit der heroingestützten Behandlung noch das letzte Element hinzu fügen können. Eines ist trotz allem nicht gelöst, nämlich das Drogenproblem an sich. Da müssen Sie mir helfen, da müssen Sie diese Botschaft auch nach aussen tragen.

Da muss die Gesellschaft mithelfen. Da ist der Sozialreferent mit allen seinen Leuten, die sich wirklich Mühe geben, völlig und hoffnungslos überfordert.

Die gutgemeinten Rezepte aus rein abstinenzorientierten Optiken sind nicht realistisch. In Zürich wurde z.B. mit grossem Aufwand ein Gebäude für Zwangstherapien erstellt. Das war nie voll belegt und musste nach kurzer Zeit wieder geschlossen werden. Ich muss mich bei allen gesetzlichen Vorgaben schlussendlich mit der Realität beschäftigen, damit ich den Lösungen näher kommen kann.

Legitimation aus städtischen Abstimmungsergebnissen

Wir hatten eine Ablehnung der Initiative Jugend ohne Drogen mit 73 % Nein - da waren Sie bestimmt dafür, Erwin Sutter. Wir haben dies auch nicht als Lösung gesehen. Sie war genau so realitätsfremd, wie es meines Erachtens die DroLeg-Initiative war, welche in Schaffhausen mit 63% Nein abgelehnt wurde.

Eine weitere Abstimmung war das Referendum gegen die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe (dringlicher Bundesbeschluss), welches in der Stadt Schaffhausen mit 58% Nein abgelehnt wurde. Diese Ablehnung haben wir als Auftrag aufgefasst, diese Vorlage vorzubereiten. Alle Abstimmungen haben in der ganzen Schweiz hohe Wellen geworfen. Die Resultate bestätigen die 4-Säulen-Politik

- Prävention
- Therapie
- Überlebenshilfe, Schadensminderung (z.B. HeGeBe/TASCH)
- Repression.

Zur Repression sage ich noch etwas, Alfred Zollinger, wie das heute aussieht, trotz dieses Briefes, den ich heute zugespielt erhalten habe. Auch dort sind wir nicht untätig geblieben. Im übrigen war auch die Räumung der Repfergasse primär eine repressive Antwort auf das, was sich dort aufgetan hat.

Wir haben auch eine positive Stellungnahme des Regierungsrates auf eine Interpellation von Silvia Pfeiffer. Ebenso haben wir eine positive Stellungnahme der kantonalen Drogenkommission und eine fast einstimmige Zustimmung der städtischen Drogenkommission.

Vorlagenschwerpunkte und -Inhalte

Es gibt kein allgemein gültiges Rezept. Ich wäre noch so froh, wenn es eines gäbe. Wenn Sie mir die Patentlösung servieren, Erwin Sutter, dann nehme ich sie auf.

Die heroingestützte Behandlung HeGeBe wurde eingerichtet für Schwerstsüchtige mit weitgehender Therapieresistenz. Wir haben in Schaffhausen 50-jährige Drogenabhängige mit einer 30-jährigen Karriere. Karriere heisst in diesem Falle fixen, abstürzen, kriminell werden, ins Gefängnis wandern, eine Therapie machen, wieder abstürzen, wieder fixen usw.

Der Strafvollzug hat auch einen Rehabilitationsanspruch. Herr Fey vom Strafvollzug hat einmal untersucht, wie das aussieht. Über einen Zeitraum von 5 Jahren hat er überprüft, wieviele Leute, die wegen Drogenvergehen im Gefängnis waren und entlassen wurden, innerhalb eines Jahres nach der Entlassung wieder mit der Justiz in Kontakt kommen. Die Rückfallquote betrug in Schaffhausen satte 100%! Da müssen Sie mir einmal sagen, dass diese Repressionspolitik als singuläre Optik eine erfolgreiche Alternative wäre zu dem, was wir jetzt machen.

Die heroingestützte Behandlung will nebst den anderen Instrumenten, die wir auch haben, diese sinnlose Spirale aufbrechen. Das war auch der Konsens, den wir in der SPK hatten. Der Hauptnutzen der HeGeBe wird sein:

- eine tiefere Kriminalitätsrate, weniger sinnlose Polizeiarbeit
- eine bessere Reintegrationsmöglichkeit, gesundheitliche Verbesserung,
- mehr Hoffnung für die Betroffenen und die Angehörigen.

Die Angehörigen wurden heute nie angesprochen. Diese beschäftigen mich fast täglich. Ich stelle fest, dass alle Eltern, Grosseltern und Geschwister von Menschen, die in diese Karriere kommen, plötzlich ganz anders sehen, als in der singulären (Repressions)-Optik. Das einzige, was sie möchten, ist, dass ihr Kind, ihr Enkel, ihr Bruder auf irgend eine Art wieder einen Einstieg in die Gesellschaft findet.

Die Vorlage beschreibt ausführlich das Vorgehen.

- Vorarbeiten zwischen Stadt, Kanton und Bund (Info aller Sozialreferenten, Projektbesichtigungen, Einberufung Projektgruppe Schaffhausen etc.)
- Eingabe für Projekt an Bund/BAG durch Kanton/Stadt/VJPS. Das wurde immer in Zusammenarbeit mit dem Kanton gemacht, welcher ja hoheitsrechtlich Ansprechpartner des Bundes ist, sowie in Zusammenarbeit mit dem VJPS, welcher die Umsetzung und die operative Leitung übernehmen muss. Der Stadt obliegt die Federführung und Kontrolle - der Kanton hat das delegiert. Ich möchte an dieser Stelle dem VJPS ein grosses Kompliment machen für die professionelle Führung ihrer Institutionen, die da sind: Schärme, Sucht- und Drogenberatung (Präventionsarbeit), TASCH sowie neu die HeGeBe.
- Die Abklärung der rechtlichen Situation war aufwändig. Übrigens wird es so sein, dass das neue Betäubungsmittelgesetz den dringlichen Bundesbeschluss obsolet machen wird, indem der Konsum dieser Drogen dem Opportunitätsprinzip unterstellt werden soll und Heroin nach langen Jahren wieder auf der Liste der Heilmittel geführt werden soll. Da ist der Punkt, wo die Krankenkassen einsteigen müssen. Der Bundesrat hat entschieden, dass man Heroin wieder in die Liste der Heilmittel aufnehmen soll, nicht nur wegen der Abgabe an Schwerstsüchtige, sondern auch aus palliativen Gründen. In der Schmerztherapie ist Heroin ein sehr vielversprechendes Medikament. Wenn Heroin wieder in die Liste aufgenommen würde - dies sollte bis Ende April/Mai der Fall sein -, wären die Krankenkassen verpflichtet, diese Kosten zu übernehmen. Das hat zu harscher Kritik seitens der Kassen geführt. Aber wir sprechen von 13 - 14 Mio Franken für die ganze Schweiz. Das sind Promille-Sätze der gesamten Kosten im Gesundheitswesen. Wenn man die Kosten im Strafvollzug und im Gerichtswesen anschaut, so sind diese 13 - 14 Mio Franken marginal. Hier wird also Geld an die Stadt zurück fliessen für eine Zentrumslast, die wir übernehmen müssen. Wir gehen davon aus, dass etwa 80% der Bruttokosten durch die Krankenkassen übernommen werden müssen. Schlussendlich wird für die Stadt relativ wenig zurück bleiben, was nicht darüber hinweg täuschen soll, dass die Folgekosten, welche wir durch den Drogenkonsum haben, nicht nur mit dieser Zahl gemessen werden können.
- Beschrieben und bewertet werden in der Vorlage die positiven und negativen Aspekte der Versuche
 - +++ Kriminalitätsverhalten
 - ++ Gesundheit
 - + Soziale Reintegration
 - Beikonsum unbefriedigend
 - Lösung der Kontakte mit der Szene schwierig - hier sind wir alle gefordert, z..B. auch mit Angeboten im Arbeitsmarkt.
- Bedürfnislage in Schaffhausen

Die Region SH hat ca. 250 Menschen mit regelmässigen Kontakten zur Szene. Davon kommen ca. 10% für die HeGeBe in Frage. Wir gehen also von 25 Probanden aus. Das Aufwand-Nutzenverhältnis können Sie auf Seite 13 der Vorlage nachlesen. Die HeGeBe kostet uns pro Person Fr. 52.-- pro Tag. Hievon werden vermutlich 80% durch die Krankenkasse zu tragen sein.

Vergleichskosten: Gefängnis Fr. 150.-- bis Fr. 300.--
Reha Fr. 200.-- bis Fr. 600.--
Spital bis Fr. 600.--/Tag.

Argumente für Standort Nagelfabrik

Ich habe Sie lange warten lassen. Ich entschuldige mich dafür. Aber für mich war diese Nagelfabrik mit der Vorstellung, dass wir noch das ganze Programm mit den Beschäftigungsprogrammen lösen müssen, derart brennend, dass ich darauf warten wollte. Auf der anderen Seite hatten wir vom Kanton die Vorgabe, den Pavillon nur zusammen mit der Fabrik zu mieten, ansonsten das Mietverhältnis Ende Oktober geendet hätte. Dann wären wir im Oktober 2001 sowohl mit dem TASCH wie auch mit der Gassenküche und den Beschäftigungsprogrammen auf der Strasse gestanden. Daher hat dies für mich eine magische Wirkung. Ich wollte das Projekt an dieser Adresse verwirklichen. Ich habe die SPK dann entsprechend informieren können. Wir haben im Bereich der Beschäftigungsprogramme Grosses vor. Da ist eine Vorlage an den Grossen Stadtrat in Vorbereitung, in der wir den Vermietungsaspekten eine spezielle Aufmerksamkeit widmen wollen. Da haben wir mit dem Kanton (KIGA) eine erfolgreiche Zusammenarbeit begonnen.

Disput zwischen Fischerhäuserstrasse und Hochstrasse

Ich habe den von Alfred Zollinger zitierten Brief heute auch bekommen. Da steht tatsächlich drin, *"das Konzept an der Hochstrasse funktioniert nicht, es wird "gedeckt", Spritzen liegen weit zerstreut herum, ungute Elemente tauchen immer wieder im Park und auch im privaten Wohnbereich wie Rittergut und Hochstrasse auf. Die Stadt hat beschwichtigt, Versprechungen abgegeben, eingelöst wurde nichts."* Wenn diese Behauptung zutreffen würde, hätte man das Ganze an der Repfergasse belassen können. Ich sage Ihnen jetzt, was gemacht wurde. Ich habe mit Christoph Roost gesprochen. Jeden Tag wird vom VJPS-Team in der ganzen Umgebung eine Sprizentour veranstaltet. Mehrmals werden Sprizentouren von der Taglohngruppe unternommen. Das Resultat dieser Spritzenfunde sieht so aus, dass wir ca. einmal pro Monat eine Spritze finden in dieser Umgebung oberhalb der Hochstrasse. Das konterkariert diese Aussage dann schon. Das ist das eine. Das andere ist, dass die Polizei aktiv ist. Das sehen Sie schon daran, dass wir die ganze Szene aus Deutschland nicht mehr hier haben. Glauben Sie, dass diese sich einfach so von der Repfergasse verabschiedet hat? Diese Leute kommen immer wieder. Aber es stimmt nicht, dass übermässig viele deutsche, Aargauer und St.Galler Wagen da sind und nicht überprüft werden. Die Polizei ist oft dort, selbstverständlich in Zivil. Wenn die in der Uniform dort stehen, dann würden diese Leute sofort an einen anderen Ort gehen. Ich bitte die AnwohnerInnen der Hochstrasse, mit uns in Kontakt zu treten, zu argumentieren, und nicht einfach Negativaspekte aneinander zu reihen. Der zitierte Briefschreiber hat mich in den letzten 18 Monaten, seit der TASCH an diesem Ort domiziliert ist, noch nie persönlich kontaktiert. Einige Leute waren schon bei mir, auch der Präsident des Quartiervereins war persönlich heute bei mir. Jene Leute, welche die Leserbriefe geschrieben haben, waren auch nicht bei mir am Tisch. Selbstverständlich bin ich bereit, wenn Sie als Rat diese Sache beschliessen, ein Hearing zu machen mit der ganzen Umgebung der Hochstrasse.

Aber wenn ich das gemacht hätte, bevor Sie entschieden hätten, dann hätte ich von Ihnen die Kappe gewaschen gekriegt, weil Sie sagen: "Was informierst Du die Leute an der Hochstrasse, bevor wir als Rat entschieden haben?" Ich brauche ein gewisses Verständnis für diese Vorgehensweise. Es ist nicht so, dass der Sozialreferent aus bösem Willen oder weil er lieber irgendwo an der Sonne liegt, die armen Leute an der Hochstrasse, die tatsächlich jetzt auch einen Teil mittragen müssen, vergessen hätte.

Es ist nicht so, dass die AnwohnerInnen der Fischerhäuserstrasse jetzt das nicht bekommen, was die Leute an der Hochstrasse abbekommen. Die Fischerhäuserstrasse hat seit 10 Jahren einen Schärme - mitten in einer bewohnten Häuserzeile mit ganz engen Verhältnissen. Der Schärme wird vorwiegend von der illegalen Szene benutzt. Ich möchte den AnwohnerInnen der Fischerhäuserstrasse ein Kränzchen winden für die Toleranz, die sie bis jetzt bewiesen haben. Ich habe ein gewisses Verständnis gehabt für die Aussagen der Leute an der Fischerhäuserstrasse. Das war aber nicht der einzige Grund, weshalb wir gesagt haben, wir müssen für die HeGeBe einen anderen Standort suchen. Auch der Vergleich für die baulichen Aufwendungen hat eindeutig zugunsten der Hochstrasse gesprochen.

Liebe Leute von der Hochstrasse, die Sie hier oben auf der Besuchertribüne sitzen: Verstehen Sie bitte auch etwas anderes. Wir pfpfen Ihnen nicht ein zusätzliches Problem auf, sondern wir nehmen ein anderes weg, nämlich den TASCH - die illegale Szene. Ich freue mich jetzt schon auf die Suche nach einem neuen Standort für den TASCH. Den will niemand, das ist klar. Wir nehmen Ihnen also die illegale Szene weg und bringen die legale Szene dort hin inkl. die Beschäftigungsprogramme. Das hat mich schon etwas gestört. Gewisse Aussagen haben so getönt, als wären Arbeitslose, Drogenabhängige und Leute, welche sozial nicht integriert sind, fast Aussätzige, die man den BewohnerInnen an der Hochstrasse quasi zumutet. Das sind nicht Aussätzige, das sind Leute unserer Gesellschaft. Wenn man sich ein wenig in der Verwandtschaft und im Bekanntenkreis umhört, merkt man relativ schnell, dass man davon auch betroffen werden könnte. Ich bitte in diesem Sinne, davon abzusehen, einfach den "schwarzen Peter" in dieser Stadt herum zu schieben, und uns bzw. den Leuten vom VJPS die Möglichkeit zu geben, Orte für die Arbeiten, die gemacht müssen, zu finden.

Wenn nachher dann jemand zu mir kommen und ein gutes Objekt für den TASCH anbieten will, so bin ich "ganz Ohr". Es hat viele Leute aus der Baubranche und Immobilienbesitzer hier. Ich nehme Vorschläge gerne entgegen. An Zwischenfällen um den TASCH an der Hochstrasse übrigens wurden uns während diesen 18 Monaten 3 gemeldet (Spritzenfunde, bei denen sich die Leute an die Polizei bzw. an uns gewandt haben). Verstehen Sie bitte meine Adrealinausschüttung, wenn ich höre, wir hätten nichts von dem eingehalten, was wir versprochen haben.

Die Erwartungen des Stadtrates wurden bereits in der SPK dargelegt.

Es sind dies

in Bezug auf HeGeBe:

- weniger Kriminalität, bessere Gesundheit, Reintegration
- Verhinderung einer weiteren Verelendung dieser Menschen

in Bezug auf die Nagelfabrik:

- Gewinnung von Synergien zwischen den Einrichtungen
- definitiver Standort für die Gassenküche

Ausgestaltung

Die von Josef Eugster und Alfred Zollinger angesprochene Qualitätssicherung muss gewährleistet sein. Dies verlangen die Bundesvorschriften sowie die Vorgaben des BSV. Wir haben Qualitätssicherungssysteme drin. Unter dem Titel "QuaTheDra" werden diese Einrichtungen geprüft. Da werden Reporte gemacht. Ich rapportiere mind. zweimal pro Jahr an die städt. Drogenkommission. Dort drin ist der GrSR prominent vertreten. Ich will das überhaupt nicht unter dem Deckel halten. Das gibt mir jedes Mal die Gelegenheit, die aktuelle Situation darzustellen.

Kosten

Die Kosten können aus der Vorlage des SR sowie dem Bericht der SPK entnommen werden.

Fazit

Als Fazit möchte ich Ihnen nochmals sagen: Feurer möchte keine HeGeBe, keinen Schärmen, keinen TASCH, keine Sucht- und Drogenberatung. Aber wir müssen diese Probleme lösen. Erwin Sutter, wissen Sie, worauf dieser Rückgang bei den Therapieplätzen zurück zu führen ist? Der Grund ist, dass die Sozialhilfegelder nicht mehr fließen, weil sich die Gemeinden diese Sachen nicht mehr leisten wollen. Wir haben das gemacht nach der Räumung der Repfergasse. Sie werden damit konfrontiert werden, mit diesem Plus von 600'000 Franken. Wir haben Gemeinden im Kanton Schaffhausen, denen das Budget aus dem Ruder läuft, wenn sie einen Drogenabhängigen haben. Entsprechend schauen sie, dass solche Leute so schnell wie möglich in die Stadt reisen, dann haben wir den "Salat". Ich weiss von einer Gemeinde im unteren Kantonsteil, welche "dank" zwei Drogenabhängigen mit Abstand die grössten Pro Kopf-Ausgaben für Sozialhilfeausgaben aller SH Gemeinden aufweisen. Die Nachbargemeinde hatte die tiefste Zahl.

Wir versuchen, das Problem im Griff zu behalten. Wir möchten eine Volksabstimmung machen. Wir machen diese am 23. September 2001, sodass wir ca. Anfang 2002 mit der HeGeBe beginnen können. Bis dann sind wir auch mit der Nagelfabrik so weit.

Ich hoffe, dass ich Sie nicht gelangweilt habe. Ich möchte nochmals unser Gesprächsangebot an die BewohnerInnen wiederholen. Ich habe das übrigens heute Abend mit Herrn Millan so vereinbart. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit."

Alfred Zollinger (SVP) Votum

"Ich muss schon noch etwas sagen. Wenn der Puls von SR Feurer etwas höher ist, dann macht das gar nichts, dann sind Sie selbst schuld. Sie haben klar gesagt, der TASCH geht weg und wir kommen statt dessen mit der HeGeBe an die Hochstrasse. Dann sagen Sie das doch den Leuten! Hätten Sie informiert, dann wäre ein Teil dieser Briefzeilen nicht zustande gekommen. Die Leute wussten ja nichts, sie wurden ja nicht informiert. Lernen Sie etwas daraus, dann bleibt der Puls das nächste Mal wieder tiefer. Als Volksvertreter fühle ich mich dazu verpflichtet, so etwas vorzubringen bzw. weiter zu leiten. Es geht schlussendlich um Information."

SR Thomas Feurer

"Etwas möchte ich dazu sagen. Ich habe der SPK die Sache mitgeteilt. Ich habe gefragt, wie es konkret mit der Information aussehen soll.

Normalerweise schätzen Sie es nicht, wenn Sie Sachen auf dem Tisch haben, welche vorher schon in der Presse abgehandelt wurden. In der SPK wurde entschieden, dass die direkten Nachbarn informiert werden sollen. Diese haben von mir einen Brief bekommen mit der Aufforderung, mit mir oder mit Herrn Roost Kontakt aufzunehmen, wenn sie nähere Details wissen möchten. Ich wurde nicht kontaktiert. Alle anderen AnwohnerInnen, die in der Zwischenzeit etwas gehört haben, hätten ebenfalls mit mir Kontakt aufnehmen können. Ich habe mich an die Vorgaben dieses Parlamentes bzw. an den Auftrag der SPK gehalten."

Bea Hauser (SP) Votum

"Ich muss das Alfred Zollinger auch ins Buch schreiben. Ich bin auch Volksvertreterin. Aber was mir in diesem Parlament nicht gefällt, ist, wenn 1, 2 oder 3 Briefe erscheinen bei einer Bevölkerungszahl von 35'000 Leuten, man dies mit einer Empörung ins städtische Parlament trägt, wie wenn das der Weisheit letzter Schluss wäre. Der eine Brief, welcher in beiden Zeitungen veröffentlicht wurde, stammt von Leuten aus der Rittergutstrasse, nicht aus der Hochstrasse. Warum interveniert man nicht via Quartierverein? Die Leute sind Mitglied des Quartiervereins. Wenn etwas nicht richtig läuft, dann geht man via Verein. Der Sozialreferent hat es bestätigt, der Präsident des Quartiervereins Hochstrasse wurde informiert. Wir in der SPK haben gesagt, als es bekannt wurde, die direkten Nachbarn seien "hofeli" zu informieren, damit es keine Riesensache gebe, bevor das Parlament die Vorlage beraten hat. Dass die Beratung der Vorlage um 14 Tage verschoben werden musste und inzwischen etwas in der Zeitung stand, war vielleicht nicht glücklich."

Urs Tanner (SP) Votum

"Herr Stadtrat Feurer macht wirklich eine sehr gute Politik. Der Bund hat eine Vorlage geliefert. Wir haben diese angenommen - immer mit Mehrheiten, Herr GrSR Sutter. Es ist eine gute Vorlage. Wir haben etwas zu sagen, und das Volk hat dazu etwas zu sagen, egal von welcher Strasse oder aus wessen Quartier man kommt. Mit solchen Briefen muss man aufpassen. Wenn ich einen Brief in der Hand habe, wo drinnen steht "ungute Objekte", und ich mir überlege, was damit gemeint ist - sind da Menschen gemeint - dann gebe ich darauf keine Antwort. Das ist eine geistige Umweltverschmutzung. Ich schmeisse den Brief in den Papierkorb. Ungute Objekte sind nicht Menschen. Es geht hier um Menschen, auch wenn sie süchtig sind."

Ratspräsident Peter Neukomm stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Seitenzahlen 1 - 24 der stadträtlichen Vorlage vom 16. Mai 2000. Keine Wortmeldung. Ebenso erfolgt keine Wortmeldung zum Bericht der SPK vom 26. Feb. 2001, Seiten 1 - 5.

Der Ratspräsident stellt weiter die Verordnung über die heroingestützte Behandlung schwer heroinabhängiger Personen in der Stadt Schaffhausen (Anhang Seiten 26 - 28 der Vorlage SR) zur Diskussion. Keine Wortmeldung.

Bea Hauser (SP), Präsidentin der SPK, macht den Rat darauf aufmerksam, dass bezüglich der Kosten für den Umbau und die Einrichtungen die Aufstellung der SPK - Vergleich Schärme / HeGeBe Hochstrasse (letzte Seite des Berichtes der SPK) relevant ist. Keine Wortmeldung.

ANTRÄGE der SPK

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Anträge.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 16. Mai 2000 betreffend das Projekt heroingestützte Behandlung in der Stadt Schaffhausen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Die Verordnung über die heroingestützte Behandlung schwer heroinabhängiger Personen in der Stadt Schaffhausen wird genehmigt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

3. *Der Stadtrat wird ermächtigt, einen Mietvertrag mit dem Kanton für den Gebäudekomplex Nagelfabrik/Büropavillon N4 abzuschliessen. Dies im Hinblick auf die Integration der Beschäftigungsprogramme von Kanton und Stadt sowie der Gassenküche und der heroingestützten Behandlung. Über die erforderlichen Investitionen zur Anpassung der Infrastruktur wird auf Grund einer separaten Vorlage entschieden.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen

4. *Der Stadtrat wird beauftragt, für den TASCH rechtzeitig zur Betriebsaufnahme der heroingestützten Behandlung einen geeigneten Ersatzstandort bereit zu stellen.*

Kein Gegenantrag - so beschlossen

Alfred Zollinger (SVP) stellt hier wie angekündigt den Antrag, folgenden Punkt (als neuer Antrag 5) zusätzlich aufzunehmen: "*Jährlich, jeweils bis spät. Ende des 1. Quartals ist an die städtische Drogenkommission und die GPK Bericht zu erstatten.*"

Bea Hauser (SP) stellt den Gegenantrag, d.h. bei den jetzigen Anträgen der SPK zu bleiben. "Die HeGeBe muss dem BAG und dem Sozialreferat reportiert werden. Die GPK oder die städtische Drogenkommission können jederzeit Einsicht nehmen in diese Papiere."

SR Th. Feurer hätte keine Probleme mit diesem Antrag. Eine Information würde auch dann erfolgen, wenn dies nicht explizit in einem Antrag festgehalten sei.

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt den Antrag von A. Zollinger mit 22 : 17 Stimmen ab.

5. Die erforderlichen Kredite werden auf dem Budgetweg bzw. über einen Nachtragskredit des Grossen Stadtrates gesprochen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

6. Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht nach Art. 10 lit. d Ziff. 4 der Stadtverfassung der obligatorischen Volksabstimmung.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage bzw. die bereinigten Anträge der SPK mit **38 : 3 Stimmen** gut.

SR Thomas Feurer

"Ich möchte mir herzlich bei Ihnen bedanken für diesen Vertrauensbeweis, den ich ganz schnell weiter leiten werde an jene Leute, welche die ganze Sache umsetzen müssen. Ich möchte an dieser Stelle nochmals klar sagen, dass wir jetzt mit dieser Legitimation mit den AnwohnerInnen der Hochstrasse das Gespräch suchen werden."

Ratspräsident Peter Neukomm geht davon aus, dass es eine Ausnahme ist, dass sich der Stadtrat nach der Schlussabstimmung für die Annahme der Vorlage bedankt. Da es hier um eine besondere Vorlage ging, war dies zu rechtfertigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - Pfadfinderhütte auf dem Chornberg, GB Nr. 3, Siblinger Randen; Umwandlung Pachtvertrag in Baurechtsvertrag

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Ernst Gründler (FDP) Sprecher der GPK *

"Meine Ausführungen gliedern sich in 2 Teile

- Zuerst einige Erläuterungen zur Vorlage
- dann Bemerkungen der GPK.

Zur Vorlage

Die Stadt Schaffhausen besitzt auf dem Staufenberg/Chornberg, einem Hügelzug zwischen Lieblosental und Langtal, dem südöstlichen Ausläufer des Siblinger Randen ein grosses Grundstück im Umfang von 43'600 m². Darin befindet sich eine grössere Lichtung von ca. 50 ar längs der Waldstrasse auf der Gemeindegrenze Siblingen - Beringen. Auf dieser Lichtung, angelehnt an den Waldrand, steht seit 1951 eine einfache Holzbaracke der Pfadfinderabteilung Neuhausen am Rheinfl.

Die Baracke wurde vor 50 Jahren vom Militär übernommen und muss nun ersetzt werden. Seinerzeit erteilte der Stadtrat die Erlaubnis, diese Baracke auf städt. Grundstück aufzustellen. Als Vertragswerk wurde ein einfacher Pachtvertrag abgeschlossen, weil dies eine sogenannte Fahrnisbaute darstellte ohne eigentliche Fundamente.

Die Ersatzbaute in der gleichen Grösse am gleichen Standort weist nun Fundamente und einen kleinen Keller auf, also fest mit dem Boden verbunden. Der Regierungsrat hat die erforderliche Baubewilligung erteilt. Die neuen Verhältnisse erfordern deshalb den Abschluss eines Baurechtsvertrages anstelle des bisherigen Pachtvertrages.

Der Baurechtsvertrag übernimmt alle bisherigen Bestimmungen des ehemaligen Pachtvertrages, welche sich in der Praxis in den letzten 50 Jahren bestens bewährt haben, und die ich hier auszugsweise erwähnen möchte:

- Absolutes Düngeverbot, um den Charakter als Magerwiese erhalten zu können.
- Das Gras muss alljährlich gemäht werden, aber erst ab 1.Juli.
- Richtlinien für die Feuerstelle vor der Hütte.
- Die Feuerstelle steht auch Randenwandern zur Verfügung.
- Bauverbot von Laub- und Bretterhütten (Baumhütten) im angrenzenden Wald.
- Die städt. Forstverwaltung hat das Recht, Teile der Spiel- und Lagerwiese vorübergehend als Holzlagerplatz zu benützen. Ebenso steht ihr die kostenlose Benützung des Aufenthaltsraums, der Küche, der WC-Anlage während forstlichen Arbeiten zu.
- Das entstehende Abwasser muss durch eine Spezialfirma regelmässig entsorgt werden.
- Abfälle müssen weggeführt und korrekt entsorgt werden, Abfälle dürfen nicht einfach vergraben oder in einer Grube deponiert werden.
- Die Zufahrt zur Hütte ist nur für ein Motorfahrzeug gestattet, alle anderen Fahrzeuge sind ausserhalb der Fahrverbotszone abzustellen.
- Im Winter ist die Hütte nur zu Fuss erreichbar.
- Die Pfader haben die Möglichkeit, die Hütte weiter zu vermieten; dies vorwiegend an Schulen und Vereine.
- Für die kostenlose Holzbeschaffung wird den Pfadern jeweils ein Waldstück zugeteilt.

Der vorgeschlagene Baurechtszins von neu Fr. 800.- pro Jahr lässt sich dadurch begründen, dass die Pfader die Hütte nicht uneingeschränkt nutzen können. Die Baute ist zudem nicht mit Wasser, Strom und Abwasser erschlossen.

Die neue Baute wird durch die Baurechtsnehmer selbst finanziert und zum Teil in Eigenregie erstellt; die Kosten sollen sich auf ca Fr. 120'000.-- belaufen.

Die GPK stellte sich einstimmig hinter die Vorlage und hat sie mit 7:0 zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet."

Ernst Gründler (FDP)

Fraktionserklärung *

"Die FDP/CVP sowie die SVP/EDU werden der Vorlage ebenfalls zustimmen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Namens der ÖBS/EVP/GB-Fraktion kann ich Ihnen Eintreten auf die Vorlage bekanntgeben. Über die Verhandlungen in der GPK wurden Sie von Ernst Gründler bereits informiert. In unserer Fraktion war eigentlich nur der Baurechtszins ein Diskussionsthema. Dies aber vor allem im Vergleich zu den in der Vorlage zu Vergleichszwecken aufgeführten Vereinshütten und Trainingslokalen. So waren wir der Meinung, dass zum Beispiel die Spielvereinigung, die durch Bewirtungen im Vereinslokal nicht nur ein städtisches Restaurant direkt konkurrenziert, sondern auch erhebliche Einnahmen erzielt, der Stadt eindeutig zu wenig zu bezahlen hat. Gleichwohl konnte sich die Mehrheit der Fraktion mit den vorgeschlagenen Fr. 800.-- Baurechtszins abfinden und wird der Vorlage in der vorliegenden Form zustimmen. Dies v.a. aus der Überlegung, dass sich die Pfadfinder Neuhausen mit dem Vertrag einverstanden erklärten und auch sie durch die Vermietung Einnahmen erzielen können. Zudem wurde noch die einmalige Lage des Baurechtsgrundstückes berücksichtigt. Eine Minderheit unserer Fraktion findet den Baurechtszins zu hoch und wird sich voraussichtlich in der Detailberatung noch zu Wort melden."

Rolf Amstad (SP) Fraktionserklärung *

"Eigentlich gibt es beim vorliegenden Geschäft nichts mehr beizufügen. Diese Umwandlung vom Pachtvertrag in einen Baurechtsvertrag ist die einzig richtige Massnahme, insbesondere auch deshalb, weil die neue Baute eben keine Fahrnisbaute mehr darstellt. Die Pfadfinderabteilung Neuhausen kommt somit in ein hiefür zweckmässiges Vertragsverhältnis."

Das absolut Positive an dieser Vorlage ist zudem, dass die Stadt mit dieser Abgabe im Baurecht sogar auf eine Art Jugendarbeit betreibt. Toll, denn Institutionen wie die Pfadfinderabteilungen im Kanton Schaffhausen sind je länger je mehr äusserst wichtig - gerade in der heutigen Zeit, wo die Jugendlichen ja vor lauter PC und sonstigen elektronischen Instrumenten vor lauter Bäumen eben den Wald - im wahrsten Sinne des Wortes - nicht mehr sehen. Den vorgeschlagenen Baurechtszins von 800 Franken pro Jahr erachte ich - mit den aufgeführten Begründungen - als vertretbar. Die Pfadi kann mit der Vermietung der Hütte Einnahmen erzielen. Ein Geschäft also, das unsere volle Unterstützung verdient."

Hiermit kann ich Ihnen auch die Zustimmung der SP-Fraktion signalisieren."

SR Kurt Schönberger Stellungnahme des Stadtrates

"Eigentlich brauche ich nicht viel zu sagen, weil der Sprecher der GPK, Ernst Gründler, die Vorlage kommentiert und Passagen aus dem Baurechtsvertrag zitiert hat. Sie haben nun Bemerkungen zur Höhe des Baurechtszinses gehört. Ich muss Ihnen gestehen, dass wir uns nicht getraut haben, mit der Höhe des bisherigen Pachtzinses von Fr. 200.-- zu kommen. Deshalb haben wir Vergleiche zu anderen Clubhütten heran gezogen und sind auf Werte zwischen 800 und 1'500 Franken gekommen. Ich denke, es ist gerechtfertigt, dass wir an die unterste Limite von 800 Franken gegangen sind. Dieser Betrag ist mit den zuständigen Leuten der Pfadi Neuhausen ausgehandelt worden und darf verantwortet werden."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

EINTRETEN ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest die Seitenzahlen 1 - 3 der Vorlage.

Bernhard Egli (OeBS): "Mit der Vorlage ist fast alles in Ordnung. Selber habe ich die Pfadihütte auch schon benützen können. Was mir nicht passt, ist der Krämergeist bei der Festlegung des Baurechtzinses. Eine übliche Berechnung über den Landwert hätte einen Baurechtzins von Fr. 18.-- bis Fr. 90.-- ergeben. Ein Vergleich mit anderen Vereinslokalen in der Stadt ergibt 800 - 1'200 Franken. Aber es kommt schon darauf an, ob man auf der Breite, im Mühltal oder auf dem Randen eine Hütte hat.

Die Randenhütte ist nur beschränkt nutzbar; ein stark reduzierter Zins wäre angebracht. Die Hütte muss erneuert werden, die Pfadi muss investieren; dies kommt auch den Randenwandern zugut. Von mir aus hätte man den Zins bei Fr. 200.-- belassen können. Als Kompromissvorschlag stelle ich Ihnen den Antrag, den jährlichen Baurechtzins auf Fr. 400.-- festzulegen. Klar erklärten sich die Baurechtsnehmer mit dem höheren Betrag einverstanden - sie wollen ja die Hütte behalten.

Für die Stadt handelt es sich lediglich um 400 Franken in einem Millionenhaushalt. Bei den Pfadern geht es immerhin um 400 Franken. Ich bin dagegen, dass die Stadt bei gut funktionierender Jugendarbeit abkassieren will."

Peter Käppler (SP): "Ich möchte Ihnen beliebt machen, bei der Vorlage zu bleiben. Wir müssen aufpassen, dass unsere Sitzungsgelder nicht mehr als den zur Diskussion stehenden Betrag aufwiegen. Wir haben den Baurechtzins in der GPK diskutiert. Es gibt zwei Gründe für die Beibehaltung des Betrages von 800 Franken. Vereine, welche in der Stadt ihren Sitz haben, erhalten einen günstigeren Zins, als solche, die auswärts domiziliert sind.

Die Pfader Neuhausen können diesen Zins bezahlen, sie haben auch Einnahmen aus der Vermietung. Nur weil man den Eindruck hat, dass der Baurechtzins bei einigen Vereinen zu tief angesetzt ist, darf man den Zins hier nicht tiefer ansetzen, sondern man müsste den Zins bei den anderen Vereinen hinterfragen."

ABSTIMMUNG

Der Antrag von Bernhard Egli (OeBS), den jährlichen Baurechtzins auf Fr. 400.-- (statt der vom SR vorgesehenen Fr. 800.--) festzulegen, wird vom Rat mit 33 : 7 Stimmen abgelehnt.)

ANTRAG

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin, verliest den Antrag des SR auf Seite 4 der Vorlage.

Der Grosse Stadtrat stimmt der Umwandlung des bisherigen Pachtvertrages in einen Baurechtsvertrag und der damit verbundenen Vergabe einer Teilfläche von ca. 200 m² des Grundstückes Siblingen, GB Nr. 3, "Chornberg/Staufenhof", im Baurecht an die Pfadfinderabteilung Neuhausen am Rheinfall, zu den in der Vorlage des Stadtrates vom 13. Februar 2001 genannten Bedingungen zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Antrag des Stadtrates mit **42 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle beendet der Ratspräsident die Beratung der heutigen Traktandenliste.

MITTEILUNGEN

Ratspräsident Peter Neukomm gratuliert René Gisler zu dessen heutigem 61. Geburtstag. Er gibt in netten Worten seiner Wertschätzung gegenüber dem Ratssekretär und dessen Arbeit Ausdruck und übergibt ihm ein Präsent. Zudem wird der Ratssekretär von der 1. Vizepräsidentin mit einem schönen Blumenstrauss bedacht.

Iren Eichenberger, 1. Vizepräsidentin gratuliert ihrerseits dem Ratspräsidenten Peter Neukomm zur Geburt dessen Sohnes Jonas am 1. April 2001. In launigen Worten stuft die 1. Vizepräsidentin Jonas als kluges Köpfchen ein. Das Kind hätte "nach Plan" just heute auf die Welt kommen sollen, dann hätte Iren Eichenberger die Sitzung leiten müssen. Daher ist Iren Eichenberger froh, dass Jonas bereits am 1. April das Licht der Welt erblickt und es so seinem Vater ermöglicht hat, die heutige Sitzung zu leiten. Ratspräsident Peter Neukomm wird ebenfalls mit einem kleinen Präsent beglückt.

Der Ratspräsident macht auf die nächste Ratssitzung aufmerksam, welche am **Dienstag, 8. Mai 2001** stattfindet. Er erinnert daran, dass im Anschluss an diese Ratssitzung - um ca. 19.15 Uhr - Dr. R. Hofer, Staatsarchivar, einige Ausführungen zur Geschichte des Ratssaales und der Rathauslaube machen wird (Dauer ca. eine halbe Stunde).

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler